

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Vierteljährlicher Abonnementpreis 0,75 M.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(Ehrlich-Bundesrat)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsamt, 25 Pf., Familienamt, 15 Pf.,
Vereinsamt, 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Reaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223.
Fernsprecher: Amt Königstadt, Nr. 4720.

Nr. 56.

Berlin, Sonnabend, 13. Juli 1912.

Stierndvierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis:

Die Gelben. — Das wichtigste handelspolitische Ereignis des Augenblicks. — „Vormärts“ und Konjunktionsbewegung. — Allgemeine Rundschau. — Gewerksvereins-Teil. — Verbands-Teil. — Anzeigen.

Die Gelben.

Der Bundesrat, den die Werkvereine, die vaterländischen Arbeitervereine, und wie sich die verschiedenen Spielarten der Gelben sonst nennen, kürzlich in Essen abgehalten haben, scheint den Herren mächtig zu Kopfe gestiegen zu sein. Man hat sich in hochfahrenden Redensarten förmlich bezauscht, und nun kommt nicht allein die gelbe, sondern bezeichnenderweise auch die großkapitalistische Presse und macht ein Aufhebens von der Essener Tagung, als wenn dort ein weltverherrlichendes Ereignis sich zugetragen hätte. Einzelne gelbe Organe, wie z. B. die Augsburger „Wehr“, sind sogar so fehd, daß sie sich an den antizipierten Arbeiterorganisationen zu reiben versuchen. So wird in dem genannten Blatte auch über unsere Mitgliederzahl hergezogen und gerühmt, wie schnell die Gelben vorwärts kommen. Man wird gut daran tun, die von jener Seite veröffentlichten Zahlen mit Vorsicht aufzunehmen. Aber selbst wenn sie stimmten, wäre es kein Wunder, wenn die gelbe Gesellschaft einen stärkeren Zuwachs zu verzeichnen hätte. Man muß nämlich bedenken, wie die Mitglieder für die gelben Vereine gewonnen werden. Diese Arbeiterorganisationen sind von Unternehmern oder ihren Beauftragten ins Leben gerufen. Ein lauter Trud von oben wird angewandt, die Arbeiter des betreffenden Werkes in den gelben Verein hineinzuwerfen. Verweigert jemand den Eintritt, so kann es ihm leicht passieren, daß für ihn keine Arbeit mehr vorhanden ist. Alle diese Momente sind natürlich von weitestlicher Bedeutung für die Stärke der Werkvereine. Dann noch eins! Es gibt nun einmal wie in anderen Ständen der Bevölkerung, so auch in der Arbeiterklasse Elemente, denen kleine materielle Vorteile wertvoller sind, als die Möglichkeit, selbst zu denken und selbständig zu handeln. Solche Leute ziehen es vor, einem Werkverein oder einer ähnlichen Vereinigung sich anzuschließen als einer Berufsorganisation, die aus eigener Kraft die Interessen ihrer Mitglieder wahrzunehmen trachtet. So kommt es, daß in den gelben Organisationen tatsächlich minderwertige Elemente vereinigt sind, Leute, denen jedes Selbstbewußtsein abhanden gekommen ist, die nichts dabei finden, daß sie zu willenlosen Werkzeugen in den Händen ihrer Vorgesetzten und Arbeitgeber herabgewürdigt werden. Wenn man glaubt, mit einer solchen Truppe die Sozialdemokratie oder auch die gewerkschaftliche Bewegung unterdrücken zu können, so befindet man sich natürlich auf dem Holzwege. Die Gelben sind keine Krieger, mit denen ernste Kämpfe ausgefochten werden können, am allerwenigsten Kämpfe, die auf geistigem Gebiete liegen.

Neuerdings hat man jene Bewegung mit dem Beiwort „wirtschaftsfriedlich“ belegt. Man will damit andeuten, daß die Gelben keinen Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit, Unternehmern und Arbeitern anerkennen. Auch diese Bezeichnung wird durchaus zu Unrecht gebraucht. Im Gegenteil, die gelbe Bewegung fördert nicht nur nicht den sozialen Frieden, sie stört ihn sogar dadurch, daß sie die wirtschaftlichen Kämpfe nur noch geschäftiger gestaltet. Denn es besteht für uns kein Zweifel, daß die gelbe Bewegung nur gar zu leicht den Radikalismus in der Gewerkschaftsbewegung zu fördern geeignet ist.

Indessen es kommt es heute weniger darauf an, die Gemeingefährlichkeit der Gelben von unserm Standpunkte aus nachzuweisen. Wie wir über diese

Gesellschaft denken, das haben wir oft genug unzweideutig zum Ausdruck gebracht. Aber weil gerade jetzt so viel Weisens von den Gelben gemacht wird, möchten wir unsern Lesern folgende Kennzeichnung derselben nicht vorenthalten:

„Wir verschließen uns den ersten Bedenken nicht, zu denen diese werbereinliche Bewegung unserm Verständnis nach Anlaß gibt, wenn wir auch die Entwicklung von vornherein vorurteilslos und ohne grundsätzliche Verengerung verfolgen. Aber man wird sich nicht verhehlen können, daß hier schwere und oft kaum zu vermeidende Gefahren für den Charakter der angeschlossenen Arbeiter und damit auch der von ihnen begründeten Organisation vorhanden sind. Zur Zeit der letzten Reichstagswahl nannte man die Mitglieder dieser „gelben“ Werkvereine auf seinen Gegnern spöttisch „Blutapfelsinen“, weil sie auswendig gelb und innen rot seien. Das Urteil mag auf gar manche zutreffen haben. Es ist nun einmal nur zu menschlich, daß gewisse äußere Vorteile und Ausichten schwache Charaktere verlocken können, sich einer solchen, von den Arbeitgeberern begründeten und unterstützten Organisation anzuschließen, auch wenn sie mit dem Herzen vielleicht in ganz anderen Lagern stehen. Die Gefahr ist ohne Zweifel groß, daß durch die Werkvereinsbewegung in die Kreise unserer Industriearbeiterchaft der böse Geist einer charakterlosen Streberei und Liebedienerei, auch eines gewissen Spiegels- und Denunziantentums sich einschleichen vermöchte. Die Führer dieser Bewegung sollten solche Gefahren stets und mit besonderer Schärfe im Auge behalten und durch schnelle und glänzende äußere Erfolge sich nicht darüber täuschen lassen. Denn gerade diese Form der Arbeiterorganisation, bei der die Anerkennung der Interessen-solidarität von Arbeitgeber und Arbeiter die Grundlage, das beherrschende Prinzip ist, und die Arbeiter selbst auf den eigentlichen wirtschaftlichen Kampf mit dem Mittel des geistlich erlaubten Streichtrots von vornherein grundsätzlich verzichten, wir meinen, gerade diese Form und Gestaltung verlangt auf beiden Seiten derart stittlich gesteigerte, reiche, hochstehende Charaktere, daß es einem schon ernstlich bangen werden dürfte, wenn man nur einmal an Möglichkeiten wirklich enfter, tiefgreifender Konflikte zwischen Arbeitgeber und ihren in Werkvereinen organisierten Arbeitern denkt. Wir können es darum gut verstehen, wenn ernste Leute mit einem gewissen Vorurteil oder zum mindesten nicht mit vollem Vertrauen diese „wirtschaftsfriedliche“ Organisationen sich entwickeln sehen.“

Man liest aus diesen Zeilen heraus, daß im Grunde seines Herzens ihr Schreiber ein Freund der Gelben ist. Und in der Tat, das Blatt, dem wir diese Zeile entnommen haben, ist der hochkonserbative fromme „Reichsbote“, der, wie obige Ausführungen erkennen lassen, der gelben Bewegung freundlich gegenübersteht. Trotzdem kann auch dieses Blatt sich nicht frei machen von einem starken Mißtrauen. Es muß zugeben, daß die gelbe Bewegung die Charakterlosigkeit, Streberei und Liebedienerei, das Spitzel- und Denunziantentum in unserer Industriearbeiterchaft großziehen geeignet ist. Das Blatt, das seinen Freundern natürlich nicht wehe tun will, ist in der Form sehr milde. Um so wirksamer aber ist das Geständnis, das es zum Ausdruck bringt. Gewiß, aufrichtige Männer, die selbst wissen, was sie wollen, die sich nicht durch kleine Almosen das Recht der freien Selbstbetätigung rauben lassen, haben keinen Platz in den gelben Organisationen; sie halten sich von ihnen fern. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, sind es charakterlose Elemente, die sich in den gelben Vereinen, gleichviel welche Firma sie tragen, zusammenfinden. Antizipierte Arbeiterorganisationen lehnen deshalb jede Gemeinschaft mit ihnen ab. Vielmehr halten sie es für ihre Pflicht, unermüdetlich ihre Mitglieder aufzuklären über die Gemeingefährlichkeit der gelben Gebilde nicht nur für die Arbeiterchaft, sondern für das Gelingen des gesamten deutschen Wirtschaftslebens. Mögen die gelben Blätter und die ihnen nahestehenden großkapitalistischen Zeitungen den Mund auch noch so

voll nehmen: der denkende Teil der deutschen Arbeiterchaft läßt sich durch noch so hochtönende Phrasen nicht fangen. Er wird nach wie vor auf dem Posten sein und alles aufbieten, daß an dem gelunden Sinne der deutschen Arbeiterchaft das Schiffelein der gelben Arbeiterbewegung zerstückelt.

Das wichtigste handelspolitische Ereignis des Augenblicks.

Das könnte sich handelspolitisch an Wichtigkeit mit einem Uebergange der Herrschaft in den Vereinigten Staaten von den Republikanern und der Hochschutzzollpartei auf die Demokraten messen? Im Augenblicke nichts. Seit Jahrzehnten wartet man auf einen Anstoß in dieser Richtung von Nordamerika, aber man ist enttäuscht worden. Der etwas liberale Wilson-Kariff war eine Episode von nur drei Jahren, von 1894 bis 1897, und auf ihn folgten wieder zwei Kariffe, von denen der letzte, der jetzt gültige Payne-Kariff, alle früheren an Feindseligkeiten gegen europäische Fabrikate übertraf. Er erweist sich aber auch als der Höhepunkt der feindseligen Hutz; die Wählerchaft hat er geradezu empört, weil er die wegen ihres gewissenlosen Treibens schon vorher verhassten Trusts noch mehr bereichert hat.

In den beiden großen Parteien ist diese Entzündung mit elementarer Gewalt zum Ausbruch gekommen. Bei den Republikanern war es Roosevelt, der nach allerdings höchst zweideutigen Schwanken sich mit seiner ganzen Macht gegen die Plutokratie und ihre hauptsächlichste Schutzwehr, den Hochschutzzoll, ins Geschirr legte. Sein Gegner Taft wagte diesen nicht zu verteidigen, vielmehr stimmte seine Anhänger ebenfalls in den Ruf nach Verabschiedung ein. Was es nun auch zweifelhaft sein, ob die Partei unter dem bisherigen Präsidenten gehalten hätte, was sie vertritt, sie hat jedenfalls nichts mehr zu bedeuten, nachdem Roosevelt sie in zwei ungefähre gleich starke Teile gespalten hat. Da bei den Wahlen der Vereinigten Staaten die relative Mehrheit entscheidet, ist ihre Niederlage sicher, wenn die Gegenpartei, die demokratische zusammenhält. Und diese war schon 1908 nicht erheblich schwächer als die vereinigte republikanische Partei.

Die Demokraten haben in den heißen Kämpfen von Baltimore ihre Einigkeit bewahrt. Das ist das große Ereignis des 2. Juli. Roosevelt hat alle Mühen springen lassen, um sie ebenfalls auseinanderzutreiben und dann die Radikalen zu sich herüberzuziehen. Wäre ihm das gelungen, so hätte man immer noch nicht gewußt, wie wohl die eigentliche Wahl am 12. November ausfallen würde. Vielleicht wäre Roosevelt Sieger geblieben und damit die niemals ganz sichere Politik dieses Mannes wieder maßgebend geworden. Die Demokraten haben aber nun selbst einen radikalen Kandidaten aufgestellt, von dem die radikalen Elemente seiner Partei nicht in das andere Lager hinüberwechseln werden. Das statt dessen die „Konservativen“ unter den Demokraten zu Taft übergehen werden, ist nicht anzunehmen. Solche Verfürchtungen sind nie geäußert worden, und außerdem hat sich der „Konservative“ Flügel zuletzt einstimmig für Wilson erklärt, so daß dessen Wahl ziemlich sicher ist.

Bei den Demokraten war der Zorn über den Hochschutzzoll als das Bollwerk der Trusts ganz elementar und von imponierender Gewalt. Mit volstem Recht vertrieben sie darauf, wie nur er es dem Hiesigen Kapital möglich gemacht hat, die Monopolpreise für die Ergebnisse seiner industriellen Unternehmungen aufrechtzuerhalten und

damit die verbrauchenden Massen schwer zu schädigen, für sich aber Vermögen zusammenzuscharren, wie sie bisher die Welt nicht gesehen hat. Bryan ist keineswegs ein einwandfreier politischer Charakter; in der Währungspolitik hat er die Gefahr schlimmsten Unheils nahe heraufbeschworen. Davon hat er sich nun frei gemacht. Mit seiner ganzen Mieskraft hat er sich gegen die Plutokratie gewendet und den Hochschulkollonkarif als den Ausgangspunkt des ganzen Elends bezeichnet. Aber auch seine Gegner, die Clark-Partei, bekannnten sich als Vorkämpfer einer starken Zollherabsetzung. Beiderseits ging man so weit, einen Tarif zu fordern, der nur fiskalische, nicht aber protektionistische Zwecke verfolgte. Und schließlich zog dann Bryan die Clark-Partei zu sich herüber.

Vorsichtige Politiker mögen nun immerhin annehmen, daß sich dieses Programm nicht voll verwirklichen wird; ein plötzlicher Uebergang zum Freihandel würde in der Tat eine bedenkliche Erschütterung bringen. Die leidenschaftlichen Angriffe auf den Hochschulkoll werden aber nicht ohne reales Ergebnis bleiben, wenn die demokratische Partei ans Ruder kommt. Sie wird sicher gerade die eigentlichen Schutzgölle stark herab mindern, um den Kräfte des Todesstos zu versehen. Vielleicht werden die Vereinigten Staaten dann auch bereit sein, mit europäischen Staaten Handelsverträge unter Bindung von Zollsähen abzuschließen, wogegen sie sich bisher versträubt haben. England würde dabei natürlich am besten fahren, weil es die sämtlichen Ausfuhrwaren der Vereinigten Staaten mit Ausnahme von Alkohol, Tabak und Süßfrüchten, zollfrei einläßt. Erregt England daraufhin besondere Vorteile für seine Waren, so wird es andere Länder zwingen, denselben Weg einzuschlagen und in den Zöllen auf Getreide, Fleisch, Speck, Schmalz, Vieh, Holz den Amerikanern entgegenzukommen. Welche Wirkung dies für Deutschland, nächst England das größte Industrie-Ausfuhrland, haben müßte, soll hier unerörtert bleiben. Nebenfalls steht ein handelspolitischer Wendepunkt allerersten Ranges bevor, dessen Wirkungen weit über den Bereich des Sternennanners hinausstrahlen werden.

„Vorwärts“ und Konjungenoffenschaftsbewegung.

Wenn man dem Teufel den kleinen Finger bietet, so greift er gleich nach der ganzen Hand, heißt ein altes Sprichwort, und wenn eine Bewegung sich mit der Sozialdemokratie auch nur im geringsten einläßt, so muß sie darauf gefaßt sein, daß die Parteibonzen immer mehr und mehr Einfluß zu gewinnen und die Bewegung vollständig in das sozialdemokratische Fahrwasser zu bringen versuchen. So ist es den „freien“, Gewerkschaften gegangen, die trotz aller Ablehnungsversuche völlig der Sozialdemokratie verfallen sind, und so ist man auch jetzt weiter bemüht, die Genossenschaftsbewegung mehr und mehr zur Handlangerin der sozialdemokratischen Partei herabzudrücken. Daß diese Bewegung wenigstens den Versuch macht, neutral zu bleiben, behagt den zielbewußten Genossen nicht. Dafür liefert einen drastischen Beweis die Berichtserstattung über den Konjungenoffenschaftstag, der in der zweiten Hälfte des Juni in Berlin stattgefunden hat.

Die „Konjungenoffenschaftliche Rundschau“, das Organ der Konjungenoffenschaften, nimmt in einer ihrer letzten Nummern die Berichterstattung des „Vorwärts“ etwas genauer unter die Lupe und verriet ihm einige gehörige moralische Ohrfeigen. Zunächst wird dem sozialdemokratischen Zentralorgan der Vorwurf gemacht, daß es seine Leser nicht richtig informiere, eine Tatsache, die allen denen nichts Neues ist, die öfter mit dem „Vorwärts“ zu tun haben. Sodann werden einige Vorwürfe gegen die Leiter der Genossenschaftsbewegung widerlegt und einige Stellen des „Vorwärts“ einer scharfen Kritik unterzogen. So hatte dieser u. a. geschrieben:

„Die übergroße Zahl der Konjungenvereinsmitglieder sind Arbeiter und gewerkschaftlich und politisch organisierte Sozialdemokraten.“

Zugegeben wird, daß die meisten Konjungenvereinsmitglieder Arbeiter sind, bestritten dagegen, daß der weitaus größte Teil gewerkschaftlich und politisch organisierte Sozialdemokraten seien. Es wird vielmehr an der Hand von Zahlen nachgewiesen, daß die Behauptung, die in der sozialdemokratischen Partei politisch organisierten Arbeiter bildeten den weitaus größten Teil der Konjungenvereinsmitglieder, nicht zutreffend sein kann. Die „Konjungen. Rundsch.“ legt auch Wert darauf, daß alle gewerkschaftlich organisierten Arbeiter ohne Unterschied der Richtung, für die Konjungenoffenschaftsbewegung gewonnen werden müssen.

Auch ein Vortrag, den der Redakteur Dr. Müller über die volkswirtschaftliche Bedeutung des Kleinhandels auf dem Genossenschaftstage gehalten hat, ist in dem Berichte des „Vorwärts“ scharf angegriffen worden, weil die sozialistische Auffassung darin zu wenig zum Ausdruck gebracht war. Dazu bemerkt das Organ der Konjungenoffenschaften:

„Wir wissen längst, daß eine sozialistische Gesellschaftsordnung — falls der Weg der Entwicklung überhaupt in dieser Richtung gehen sollte, was weder zu behaupten noch zu bestreiten unsere Aufgabe ist — nur das Produkt einer vieljährigen Entwicklung sein kann und daß an dieser Entwicklung die Konjungenoffenschaftsbewegung nur ihren bescheidenen Anteil haben wird.“

Weiter war im „Vorwärts“ von einer „Ueberbannung des Neutralitätsgedankens“ die Rede gewesen. Auch dieser Vorwurf scheidet die „Konjungenoffenschaftliche Rundschau“ nicht an. Sie bemerkt vielmehr dazu:

„Da die Konjungenoffenschaftsbewegung neutral ist und an ihrer Neutralität auch nichts geändert wird — es möge dagegen Sturm gelaufen werden, soweit wie nur immer möglich — so läßt sie sich gegen jede Unterstützung gefaßt, sie möge kommen, von welcher Seite sie wolle, von der äußersten Linken bis zur äußersten Rechten.“

Das sind mannhafte Worte, die, wenn sie bis in die äußersten Konsequenzen verfolgt werden, der Konjungenoffenschaftsbewegung nur von Vorteil sein können. Wir befürchten freilich, daß die Unentwegten in der Partei alles aufbieten werden, um nach und nach auch die Genossenschaftsbewegung dahin zu bringen, wohin die sogenannte freie Gewerkschaftsbewegung gebracht worden ist. Im Interesse einer gesunden Konjungenoffenschaftsbewegung liegt das nicht, und deshalb ist dringend zu wünschen, daß die jetzigen Leiter der Konjungenoffenschaftsbewegung auf dem Posten sind und alles aufbieten, daß die von ihnen geführte Bewegung die Unabhängigkeit und Neutralität bewahrt, die allein die Vorbedingungen für eine gedeihliche Weiterentwicklung sind.

Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 12. Juli 1912.

Ueber die Abzugsfähigkeit der Organisationsbeiträge vom steuerpflichtigen Einkommen hat das Oberlandesgericht Düsseldorf eine sehr beachtenswerte Entscheidung gefaßt. Seitens der Steuerveranlagungskommissionen ist fast durchgängig der Abzug der Organisationsbeiträge für unzulässig erklärt worden, mit dem Hinweis, daß dem einzelnen auf den Bezug von festgesetzten Unterstüzungen in der Organisation kein flagbares Recht zustehe. Das Landgericht hatte sich in einem Prozeß auf denselben Standpunkt gestellt, obwohl ausführlich darzulegen worden war, daß jener Einwand eine vollständige Verkennung des Wesens der Berufsorganisationen sei, die ihre Einrichtungen ohne staatliche Zwangsmittel dem Mitgliede garantieren. Das Landgericht hatte trotzdem den Abzug der Beiträge von den Steuern als unstatthaft bezichtigt. Die Sache kam schließlich an das Oberlandesgericht Düsseldorf als Revisionsinstanz, das die entgegengesetzte Stellung einnahm und in seinem Urteil ausführte:

„Wenn der Vorderrichter benägelte, daß Beklagter jährlich 52 Mark zur Gewerkschaftskasse zahlte, was zur Verteilung des Unterhalts nicht erforderlich sei, so wird dabei der Begriff des Unterhalts verkannt. Dieser umfaßt den ganzen Lebensbedarf (§ 1610 des BGB.), einschließlich der Ausgaben, die zur Erhaltung einer standesgemäßen Lebensstellung erforderlich sind. Mit Recht weist aber der Vellagte darauf hin, daß er als Buchdrucker, um eine seinen Fähigkeiten entsprechende Arbeitsstelle zu erhalten, einer gewerkschaftlichen Organisation angehören müsse, ganz abgesehen von den finanziellen Vorteilen, die er für den Fall der Arbeitslosigkeit, Krankheit und Invalidität dadurch erlangt, die aber seine Leistungsfähigkeit nicht unmittelbar erhöhen.“

Was für Buchdrucker gilt, ist auch für andere Berufe maßgebend. Unsere Kollegen werden also gut daran tun, sich das Urteil des Düsseldorfer Oberlandesgerichts zu merken und sich darauf zu berufen. Alle diese Unklarheiten bei der Steuerveranlagung, die sich auch sonst beobachten lassen, sind aber doch ein zwingender Beweis für die Notwendigkeit, daß endlich von oben herab Einheitslichkeit geschaffen wird.

Unerwünscht an Einfällen ist der preussische Fiskus, wenn es gilt, den Arbeitern und ihren Organisationen das Geld aus der Tasche zu holen. Schon vor kurzem hat es berechtigtes Aufsehen und lebhaften Erregung hervorgerufen, daß der preussische Finanzminister die Tarifverträge für steuerpflichtig erklärte. Jetzt soll sogar auch noch für die Schiedsprüche der Schlichtungskommissionen Stempelsteuer bezahlt werden. Wie der „Vorwärts“ mitteilt, verlangt das Hauptzollamt Berlin von der Schlichtungskommission für das Portefeuille- und Reiseartikelf-gewerbe Groß-Berlins 16 Mk. Stempelsteuer für einen von ihr gefällten Schiedspruch, und zwar 10 Mark für das vom Amtsgericht Berlin eingeforderte Original und je 3 Mark für die den Parteien zugestellte Abdruck. Das Hauptzollamt begründet seine Forderung mit dem Hinweis auf Tarifstelle 57 des Landesstempelsteuer-Gesetzes. Sogar für die geforderte Summe der Unterzeichneten des Schiedspruchs, also der unparteiische Vorsitzende, und die vier Beisitzer. Mit der Aufforderung zur Zahlung der Stempelsteuer wurde der Vorsitzende der Schlichtungskommission gleichzeitig erucht, sich zu äußern, warum die rechtzeitige Verteuerung unterblieben ist, da eine Zwiderhandlung gegen das Stempelsteuergesetz vorliege.

Gegen die Forderung des Fiskus ist von den beteiligten Instanzen sofort Beschwerde eingelegt worden. Damit ist unieres Erachtens aber die Sache nicht erledigt. Diesen fortwährenden Schlämmerungen der Arbeiterorganisationen muß endlich einmal eine Ziel gesetzt werden. Die Behörden sollten wahrlich froh sein, daß durch Tarifverträge und Schiedsprüche unsern wirtschaftlichen Kämpfen die Festigkeit genommen wird, über die so vielfach Klage geführt wird. Anstatt dessen muß man beobachten, daß mit allerlei kleinlichen Drangalierungen die Bemühungen auf friedliche Beilegung von Konflikten erschwert werden. Von großem sozialen Wertändnis legen jedenfalls die Maßnahmen der Finanzbehörden kein Zeugnis ab.

Verabschiedete Offiziere in der Arbeiterversicherung.

Es ist schon früher von uns darauf hingewiesen worden, daß man mit Einführung der Reichsversicherungsordnung verbunden will, pensionierte Offiziere in den besoldeten Stellen der Arbeiterversicherung unterzubringen. Wie zutreffend diese Behauptung war, das zeigt jetzt ein Erlaß, den das Kriegsministerium an die Generalkommandos wegen Beilegung von Beamtenstellen bei den Versicherungsämtern durch verabschiedete Offiziere gerichtet hat. Darin heißt es, daß in Aussicht genommen sei, einige mittlere Beamtenstellen mit geeigneten verabschiedeten Offizieren zu besetzen. Es werde sich hierbei voraussichtlich um Stellen handeln, mit denen die Vertretung des Vorsitzenden des Versicherungsamts verbunden ist. Nach den Vorschriften der Reichsversicherungsordnung kann jedoch zum Stellvertreter des Vorsitzenden nur bestellt werden, wer hierzu durch Vorbildung und Erfahrung auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung geeignet ist. Offiziere, die sich um Anstellung bei einem Versicherungsamte bemühen wollen, müssen deshalb den Nachweis führen können, daß sie diese Vorbedingungen in vollem Umfange erfüllen. Hierzu ist eine Vorbereitungszeit von etwa zwei Jahren und die Ablegung einer Abschlußprüfung erforderlich. Die Vorbereitungszeit würde zu gleichen Teilen bei den Versicherungsträgern, also der Landesversicherungsanstalt, der Berufsorganisation und der Krankenkasse und bei einer Versicherungsbehörde, d. h. dem Versicherungsamt oder Oberversicherungsamt zugebracht werden müssen. In dem Erlaß wird empfohlen, die Vorbereitung zunächst in einer Versicherungsanstalt oder einer Berufsorganisation zu beginnen, weil der Zeitpunkt für das Inkrafttreten der neuen Krankenkassenversicherung noch nicht feststeht. Da hiernach Offiziere vor Ablauf von mehreren Jahren als geeignete Bewerber nicht in Betracht kommen, haben die ihnen vorbehaltenen Stellen zunächst anderweitig besetzt werden müssen.

Wenn solche Offiziere gründlich vorbereitet werden und mit dem nötigen Maß von Kenntnissen und sozialer Einsicht versehen sind, so läßt sich an sich gegen ihre Weidäftigung in der Arbeiterversicherung nichts sagen. Es besteht nur die Gefahr, daß, wie auf andern Gebieten die Militärämter, so hier die Offiziere den Bewerbern aus dem Zivil vorgezogen werden. Es wird also Aufgabe der beteiligten Vertreter aus dem Arbeiterstande und der sozialbedenklichen Arbeitgeber sein, daß nach dieser Richtung hin kein Mißbrauch getrieben wird.

Arbeiterbewegung. Der Kampf in der mitteleuropäischen Metallindustrie geht wohl doch nun seinem Ende entgegen.

Bei den Beratungen der Einigungs-Kommission am Montag zeigten die Industriellen insofern noch Entgegenkommen, daß sie versprachen, die Arbeitszeit am 1. Juli 1913 auf 56 1/2 Stunden zu verkürzen. Daraufhin haben die in den Deutschen Gewerksvereinen organisierten Arbeiter einmütig beschlossen, die Bewegung zu beenden. Die Metallarbeiterverbände haben am Donnerstag den Beschluß gefaßt, das An-

gebot der Unternehmer zu akzeptieren und die Arbeit wieder aufzunehmen. — Nach dreiwöchigem Kampfe ist es den Führern in Duisburg gelungen, eine durchschnittliche Lohn-erhöhung von 2 Mk. wöchentlich und einige andere Verbesserungen der Arbeitsbedingungen durchzusetzen. — In der Ristenfabrik von Brünning u. Sohn A.-G. in Ragnit (Litv.), waren Differenzen ausgebrochen. Die Bemühungen, auf friedlichem Wege die Streitigkeiten zu schlichten, sind vergeblich gewesen. Die Arbeiter sind in den Streik getreten, und die Firma ist nun bemüht, aus den Nachbarprovinzen Arbeitswillige herbeizuschaffen. — In den Eichorienfabriken von Hauswaldt in Magdeburg sind die Arbeiter und Arbeiterinnen in den Streik getreten, weil die Firma eine Lohn-erhöhung und einige andere Verbesserungen im Arbeitsverhältnisse ablehnte.

In Prag sind in den größten Restaurationsbetrieben die Kellner in eine Lohnbewegung eingetreten. — Noch immer dauert der Kampf der Londoner Saffenarbeiter fort, ogleich unter den Streikenden die größte Not herrscht. Dadurch ist natürlich auch die Erbitterung auf den Höhepunkt gestiegen und kam zum Ausdruck in einem heftigen Zusammenstoß mit Arbeitswilligen, wobei leider auch der Revolver eine Rolle spielte. Erst nach längeren Anstrengungen gelang es der Polizei, die Kämpfenden auseinander zu bringen. — Die Ausstandsbewegung in den französischen Säfen greift immer mehr um sich. Sie hat auch bereits auf die französischen Kolonien übergegriffen, denn auch in Algier haben die Seeleute beschlossen, sich mit ihren Kameraden solidarisieren zu erklären.

Modernes Sklavensystem. Die Firma Tengelmann besitzt in Berlin und einer ganzen Anzahl anderer Orte Kaffee-Spezialgeschäfte, in denen sie Verkäuferinnen beschäftigt. Die Anstellungsverhältnisse müssen bei dieser Firma recht eigenartig sein, wenigstens nach einem Anstellungsvertrag zu schließen, aus welchem ein Berliner Monatsblatt verschiedene Stellen mitteilt. So lautet ein Paragraf:

„Die Verkäuferin haftet mit ihrem Gehalt und Vermögen für Differenzen, die sich bei der Aufnahme ergeben, und die durch Unordentlichkeit, Nachlässigkeit, Diebstahl oder sonstige Ursachen entstanden sind, gleichviel ob Schuld oder unabwehrbarer Zufall vorliegt.“

Man sollte es eigentlich nicht für möglich halten, daß die Firma unter solchen Bedingungen überhaupt Verkäuferinnen erhält. Aber es kommt noch besser. Denn der Anstellungsvertrag enthält — vorausgesetzt, daß die Mitteilungen des Berliner Blattes richtig sind, — auch noch folgende unglaublich klingende Bestimmung:

Die Verkäuferin hat sich abends nach Geschäftsschluß so sofort in ihre Wohnung zu begeben. Besuche sind nach dieser Zeit nicht mehr zu machen, namentlich ist der Besuch von Restaurants, Cafés, Konditoreien oder gar Ballsalons ohne meine vorherige Erlaubnis um diese Zeit strengstens verboten! Die Verkäuferinnen haben bei Vermeidung sofortiger Entlassung außerordentlich der Besichtigungsstunden sich selbst einen geeigneten und anständigen Verhaltens zu beschließen und den Umgang mit überbeunten Personen zu meiden.

Diese Bestimmung, die offenbar die Sittlichkeit heben soll, verliert gegen die guten Sitten und ist uneres Erachtens überhaupt rechtswidrig. Aber darauf kommt es gar nicht an. Unhörbar ist, daß eine Firma sich überhaupt erdreisten kann, solche Bedingungen zu stellen, und daß sie noch Verkäuferinnen findet. Die Zumutungen, die hier an das Personal gestellt werden, sind so entwürdigend, daß eigentlich kein selbstbewußter Charakter sich darauf einlassen kann. Aber freilich, Hunger tut weh.

Ueber Mangel an Solidarität führt der Geschäftsbericht des Vereins Deutscher Arbeitgeberverbände für das Jahr 1911 lächelte Klage. Es wird darin nachzuweisen versucht, daß die Notwendigkeit der Arbeitgeberverbände und der Ausbau ihrer Organisation sich auch im letzten Jahre wiederum deutlich gezeigt habe. Um so bedauerlicher sei es, daß die Mitglieder selbst den Anforderungen von oben nicht genügend Folge leisteten. Es heißt darüber:

„Erhöht wird den Arbeitgebern der Kampf dadurch, daß die Speere der streikenden Arbeiter, wie sich auch im vorjährigen Jahre wieder in verschiedenen Fällen gezeigt hat, nicht immer mit der nötigen Sorgfalt durchgeführt wird. Es fällt manchen Arbeitgebern immer noch schwer, in Zeiten angespannter Geschäftstätigkeit von der Annahme streikender Arbeiter abzusehen. Die Arbeiterknappheit macht sich in solchen Zeiten in erhöhtem Maße geltend, und da kommen dann unter Umständen solche abgewanderten streikenden oder ausgesparten Arbeiter

ganz gelegen. Diese Arbeitgeber sollen sich doch einmal in die Lage der streikenden Kollegen versetzen und bedenken, daß sie unter einem Erlöse der Arbeiter, der durch ihr Verhalten leicht herbeigeführt werden kann, unmittelbar werden leiden müssen, und daß gerade dann, wenn der Streit für die Arbeiter günstig verläuft, die Gefahr besonders groß ist, daß die Bewegung auf benachbarte Gebiete überpringt. Es kommt aber hinzu, daß diese eingestellten Streikenden die noch nicht von dem Klassenkampf angeleiteten Arbeiter des Betriebes der Organisation zuführen und zum Streit aufheben werden. Eine solche Einstellung von Streikenden bleibt stets eine Kurzzeitigkeit, die sich an dem betreffenden Arbeitgeber sicher rächen wird. Deshalb sollten die Verbände ihre Mitglieder immer wieder anhalten, die bezüglich der NichtEinstellung der gestreikten Arbeiter übernommene Verpflichtung sorgfältig zu erfüllen.“

Das ist die unverblümte Sprache der Scharfmacher. Ein Glück, daß dafür gesagt ist, daß auch ihre Wäune nicht in den Himmel wachsen.

Die Wahrheit über das Rabattsystem. Das kaufende Publikum täuscht sich im allgemeinen noch sehr über das Wesen des Rabattsystems. Viele Käufer und besonders auch Käuferinnen glauben, daß ihnen großes Heil widerfähre, wenn ihnen beim Einkaufe der Einkaufspreis um einige Prozent niedriger gelegt wird, oder wenn Rabattmarken zum Sammeln gegeben werden, die dann, in genügender Zahl angeammelt, als Zahlungsmittel Verwendung finden können. Daß es sich bei dem Rabattsystem lediglich um ein Mittel zum Anreizen der Kaufkraft des Publikums handelt, ist schon recht oft gesagt worden. Daß das kaufende Publikum den Rabatt immer selbst im Preise der Ware bezahlt, ist Einlichtigen längst bekannt. Die Firma Hermann Tieg in Karlsruhe betätigt diese Tatsache in einer auffallenden Bekanntmachung. Sie hat ihr Rabattparaphsystem mit dem 1. Juni aufgehoben. Zur Begründung dieser Maßnahme sagt die Firma:

Die Gewährung eines Rabatts setzt voraus, daß der Rabatt bei der Kalkulation berücksichtigt, d. h. die Ware entsprechend teurer verkauft werden muß. Um einen Rabatt von 4 % gewähren zu können, muß der Preis nur um 4 %, sondern mindestens um 8 % höher angesetzt werden. Das Rabattsystem verursacht Verwaltungs- und sonstigen Kosten, die doch immer der Käufer zu tragen hat. Auch der Käufer den Rabatt aus irgendwelchen Gründen nicht aus, so ist er doppelt überfordert. Die Firma Tieg beseitigt deshalb das unrette Rabattsystem und verkauft statt dessen ihre Artikel zu Preisen, die zum Teil 10 % niedriger sind als bei Gewährung des Rabatts.

Sier wird einmal an einem praktischen Beispiel gezeigt, was es mit dem Rabattsystem auf sich hat. Der Händler kann dem Käufer eben keine Vorteile gewähren, durch die die Profitrate des Händlers geschmälert wird. Der Vorteil des Rabatts ist nur ein scheinbarer. Will der Käufer sich die Vorteile des geordneten, organisierten Einkaufs sichern, so kann er diesen Vorteil nicht dort suchen, wo Waren nur um des Händlerprofits willen verkauft werden. Einzig und allein der in den Konsumvereinen organisierte Ein- und Verkauf der Waren sieht vom Profitmachen ab. Der hier erzielte Vorteil kommt dem Käufer nicht scheinbar, sondern in greifbarer Gestalt zugute. Der Vorgang bei der Firma Tieg trägt hoffentlich dazu bei, die Ansichten über das Rabattparaphsystem etwas zu klären.

Ueber die Verteuerung der notwendigen Lebensmittel gibt eine Zusammenstellung Aufschluß, die die Ältesten der Kaufmannschaft von Berlin nach den amtlichen Preisberichten der „Statistischen Korrespondenz“ gemacht haben. Die Uebersicht erstreckt sich auf die Kleinhandelspreise in 51 preussischen Städten für den Monat Mai der Jahre 1909—1912. Danach stieg der Preis des Kilogramms Kalbfleisch, der 1909 1,76 Mark betrug, 1910 auf 1,78 Mk. und bis zum Jahre 1912 auf 1,97 Mk. Für Samelfleisch wurden 1909 noch nicht ganz 1,63 Mk. gezahlt, heute beträgt der Durchschnittspreis bereits 1,85 Mk. Nicht geringer ist die Erhöhung in dem Preis des Rindfleisches, das 1909 1,55 Mk. kostete. Es stieg sehr allmählich bis zum Jahre 1910 auf 1,56 Mk., um dann rapide in die Höhe zu schnellen. Jetzt wird das Kilogramm mit 1,8 Mk. durchschnittlich bezahlt. Eine Abweichung in der Preisverteilung zeigt das Schweinefleisch. Sein Preis betrug 1909 1,55 Mk., 1910 1,60 Mk., 1911 kostete es nur 1,47 Mark und 1912 wieder 1,60 Mk. Im einzelnen zeigt die amtliche Statistik außerordentlich große Differenzen zwischen den an den verschiedenen Orten gezahlten Preisen, die auf große Ungleichheiten in den Angebots- und Nachfrageverhältnissen schließen lassen, deren Ausgleich durch Erleichterung des Verkehrs mit Vieh und Fleisch im Interesse der Gesamtheit liegt. Deshalb haben die Ältesten der Kaufmannschaft von Berlin bei dem Minister der öffentlichen Arbeiten

beantragt, den Tarif für den Staats- und Privatbahntierverkehr und den Ausnahmetarif für Fleisch von frisch geschlachtetem Vieh zu ermäßigen.

Für die ärmeren Schichten der Bevölkerung bedarf es eigentlich solcher amtlicher Bestätigung der Leuerungsverhältnisse nicht. Sie fühlen sie am eigenen Leibe. Aber im Kampfe gegen die Lebensmittelhändler sind solche Zahlen doch eine wichtige Waffe.

Das Reichsversicherungsamt tritt wie alle anderen gerichtlichen Instanzen am 15. Juli in seine Ferien, die bis zum 15. September dauern. Während dieser Zeit ist für die Bearbeitung von Spruchverfahren erheblich ein. Zur Erledigung kommen nur besonders eilbedürftige Sachen, für welche wöchentlich mehrere Sitzungen anberaumt werden. Auf die Fristen zur Einlegung des Rekurses oder der Revision hat dies jedoch nicht den geringsten Einfluß. Auch während der Ferienzeit müssen diese Rechtsmittel binnen einem Monat, vom Tage der Zustellung des Schiedsgerichtsurteils an gerechnet, beim Reichsversicherungsamt eingelegt sein.

Arbeiter als Gewerbeaufsichtsbeamte werden demnächst in Schweden in ihre Tätigkeit beginnen. Der schwedische Reichstag hat nämlich kurz vor Schluß seiner Verhandlungen beschlossen, daß 18 Gehilfen aus dem Arbeiterstande in der Gewerbeaufsicht angestellt werden sollen. Aufgabe dieser Unterinspektoren wird es sein, hauptsächlich die kleineren Fabriken und Arbeitsplätze, in denen weniger als 10 Arbeiter beschäftigt sind, zu beaufsichtigen, während die größeren Betriebe den Fabrikinspektoren unmittelbar unterstellt sind. Immerhin kommen für die Unterinspektoren etwa 5000 Betriebe in Betracht, in denen es bisher mit den gesetzlichen Bestimmungen nicht allzu genau genommen wurde. Monatlich einmal sollen die Aufsichtsgenossen dem Fabrikinspektor Berichte einbringen über ihre Tätigkeit, ebenso Abschriften über gegebene Anweisungen und Ratschläge. Vorbedingung für die Anstellung der Unterinspektoren ist gründliche praktische Ausbildung und etwas theoretischer Unterricht.

Mit diesem ersten Schritte kann Schweden dem Deutschen Reich als Vorbild dienen, da viele Bundesstaaten geradezu ein Grauen empfinden bei dem Gedanken, Arbeiter als Helfer der Gewerbeaufsichtsbeamten tätig sein zu lassen.

Drei Schichten statt zwei. Mitte Juni hat in London eine von der Internationalen Vereinigung für geistlichen Arbeiterschutz eingeleitete Kommission darüber beraten, ob es nicht möglich sei, für gewisse Industrien mit ununterbrochenen Betrieben anstatt der Doppelschicht von 12 Stunden die dreifache Schicht von 8 Stunden einzuführen. In dem von uns veröffentlichten Tätigkeitsbericht der Gesellschaft für soziale Reform ist darüber bereits einiges gesagt. Besonders Interesse erregte auf der Londoner Konferenz eine Erklärung des Vertreters der französischen Regierung, Staatsrats Fontaine, der zu erkennen gab, daß seine Regierung gern bereit sei, die Arbeitszeitfrage in den wichtigsten Industrien mit ununterbrochenen Betrieben auf internationalem Wege zu regeln. Diese amtliche Erklärung, die allgemeines Interesse beansprucht, hatte in der Uebersetzung etwa folgenden Wortlaut:

Er glaube, der Achtfundentag sei wünschenswert in solchen Industrien, wo gegenwärtig die Arbeiter einer Schicht mehr als 10 Stunden täglich im Betriebe dienstbereit sein müssen. Die französische Regierung sei gewillt, den Grundtag des Achtfundentags in allen ununterbrochenen Industrien anzuerkennen, für die es möglich befunden würde, internationale Vertäge abzuschließen. Die Londoner Konferenz wünschte diese Industrien zu gliedern und mit den Eisen- und Stahlindustrien anzufangen. Hier sei sicherlich am besten vorgegangen. Er widerpreche dieser Ansicht nicht, aber er halte dafür, daß man nicht außer Acht lassen sollte, sorgfältig und ohne Aufschub auch die Fragen zu studieren, wie die Reform in der Glas- und den chemischen Industrien durchgeführt werden könne. Außerdem sei zu beachten, daß die vorgeschlagene internationale Konvention den verschiedenen Regierungen nicht sofort unterbreitet werden könne. Die beiden Konventionen über die Nachtarbeit der jugendlichen Arbeiter und den Neunfundentag für die Frauen würden genügen, um die nächste Staatenkonferenz zu beschäftigen. So habe die Internationale Vereinigung reichlich Zeit. Er (Fontaine) hoffe, man werde diese Zeit nutzen, um die öffentliche Meinung zu bearbeiten und eine wirksame Propaganda zu ent-

fallen, damit die Achtstundenschichtkonvention von allen Staaten angenommen werde und so umfassend als praktisch angängig sich gestalten möge.

Das Verbot der Frauennachtarbeit ist nun auch in Spanien seiner Verwirklichung einen guten Schritt nähergerückt. Wie der „Soz. Prax.“ mitgeteilt wird, haben Senat und Deputiertenkongress einer Vorlage zugestimmt, der wohl auch die königliche Genehmigung nicht mehr lange verlagert bleiben wird. In seiner gegenwärtigen Fassung verbietet das Gesetz die Robnarbeit von Frauen in Fabriken und Werkstätten zur Nachtzeit. Die Nachtruhe soll mindestens 11 Stunden dauern und jedenfalls die Zeit von 9 Uhr abends bis 5 Uhr morgens einschließen. Ausgenommen von dem Verbote werden die Fälle höherer Gewalt und diejenigen landwirtschaftlichen und sonstigen Gewerbe, welche leicht verderbliche Rohstoffe verarbeiten, wofür es keine anderen Mittel gibt, um das Verderben der Rohstoffe zu verhüten. Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen des Gesetzes sollen mit Strafe von etwa 16-200 Mk. geahndet werden; im Wiederholungsfall tritt Verdoppelung des Strafmaßes ein. In Kraft treten soll das Gesetz am 14. Januar 1914.

Leider hat die vorbereitende Kommission den Klagen und Wünschen der Arbeitgeberverbände allzuviel Gehör geschenkt. Darauf ist es zurückzuführen, daß in der Textilindustrie nachfolgende Ausnahmeregelungen zugelassen werden sollen: Die Nachtarbeit von verheirateten Frauen und Witwen mit Kindern wird ebenfalls vom 14. Januar 1914 an verboten. Was aber die ledigen Arbeiterinnen und kinderlosen Witwen betrifft, so soll die Anzahl der mit Nachtarbeit beschäftigten Personen dieser Gruppe bis zum 14. Januar 1920 alljährlich um 6 Proz. vermindert werden. Von diesem Tage an ist die Frauennachtarbeit völlig verboten.

Man sieht daraus, daß die Uebergangsstufen recht lange dauern. Immerhin ist es als ein Fortschritt zu bezeichnen, daß endlich auch Spanien auf diesem Gebiete etwas tut.

Gewervereins-Teil.

Musvert. Lange Zeit hat sich auch der Ortsverband Duisburg mit der Jugendfrage beschäftigt, bis er jetzt endlich dazu übergehen konnte, wenigstens für den Bezirk Musvert eine Jugendabteilung zu gründen. Nachdem am 23. Juni eine Vorstands- und Vertrauensmännerversammlung in Saar stattgefunden hatte, an der eine Anzahl jugendlicher Freunde teilnahmen, und der Arbeitsekretär des Ortsverbandes, Kollege Schäfers, einen Vortrag über den Zweck der Jugendbewegung der Deutschen Gewervereine gehalten hätte, erklärten sich die Anwesenden mit der Gründung einer Jugendabteilung einverstanden. Als Abteilungsleiter wurde der Kollege Heinrich Blaugen von Ostroverden der Maschinenbauer Meierich II. gewählt, dem aus jedem der in Frage kommenden Ortsvereine ein Kollege zur Seite steht. Es wurde beschlossen, am 7. Juli die erste Versammlung abzuhalten, in der alles Erforderliche beraten werden sollte.

Die Versammlung am 7. Juli wurde vom Abteilungsleiter Kollegen Blaugen mit einer Begrüßungsansprache eröffnet. Nach der Verlesung des Protokolls wurden die Sektionen der Jugendabteilung angenommen. Die Vorstandswahl ergab als 1. Vorsitzenden Freund Dietrich Otioer, 11. Vorsitzenden Karl Dieß, 1. Schriftführer Johann Müller jun., 11. Schriftführer Wilhelm Kleinholz, 1. Kassierer Christian Vinnenbröder, 11. Kassierer Johann Steck, Beisitzer Wilhelm Graf und Gerätemann Peter Meinemann jun. Kollege Schäfers gab dann bekannt, daß in der Vertreterversammlung des Ortsverbandes eine Beschlusnahme bewilligt sei, um die ersten notwendigen Anschaffungen machen zu können, die er jetzt dem Abteilungsleiter zu übergeben habe. Außerdem würden sich auch die in Frage kommenden Ortsvereine bereit erklären, die Jugendabteilung zu unterstützen. Die Versammlungen werden regelmäßig jeden ersten und dritten Sonntag im Monat im Lokale des Herrn Herrn. Schraden in Saar abgehalten.

Nach der Versammlung wurde ein Preisstiefen veranstaltet und nach dem gemeinsamen Gesang des Gewervereinsliedes „Wieder laßt die Weis' erklingen“ die Preisverteilung vorgenommen. Ein Koch auf die Preisträger bildete den Schluß der Tagung.

Verbands-Teil.

Auswahl der Stelle eines Arbeitersekretärs für das Verbands-Bureau.

Zum 1. Oktober d. J. ist die Stelle eines Verbandssekretärs im Verbands-Bureau der Deutschen Gewervereine zu besetzen. Dieser Beamte hat als Mitglied des geschäftsführenden Ausschusses insbesondere die gesamten Arbeiterversicherungsangelegenheiten zu bearbeiten und den Mitgliedern mit Rat und Tat in allen Fragen der Arbeiterversicherung zur Seite zu stehen. Dazu gehören auch die Vertretungen vor dem Reichsversicherungsamt. Er muß daher in der Arbeiterversicherung Erfahrungen besitzen und befähigt sein, stilistisch wie orthographisch richtig zu schreiben und die entsprechenden Schriftstücke anfertigen können.

Ebenso muß der Beamte rednerisch gewandt sein und einem dem Verbands angehörenden Gewerke angehören. Als Anfangsgehalt sind durch den Zentralrat 200 Mark monatlich festgelegt. Bewerber, die sich befähigt fühlen, das Amt eines Verbandssekretärs auszufüllen, wollen ihre Bewerbungsgesuche unter Beifügung eines kurzen Lebenslaufes bis zum 15. August d. J. an den geschäftsführenden Ausschuss einleiten.

Der geschäftsführende Ausschuss.

J. A. F. Reustedt, Verb.-Sekretär.

Versammlungen.

Berlin. Diskutierklub der Deutschen Gewervereine (G. V.). Während der Sommermonate Juni bis August fallen die offiziellen Sitzungen aus.

Dafür jeden 1. Mittwoch im Monat, abends 8 1/2 Uhr (wamgloze Zusammenkunft im Verbandsbureau). **Gewervereins-Liebertafel (G. V.).** Jeden Donnerstag, abds. 9-11 Uhr (Lebungshunde 1. Verbandsbureau d. Deutschen Gewervereine (Grüner Saal). Gäste wül.

Orts- und Regionalverbände.

- Bremen (Ortsverband). Jeden 1. Dienstag im Monat, abends 8 1/2 Uhr Vertreterversammlung in Burghof Gesellschaftshaus, Reckenstr.; jeden 1. und 3. Donnerstag im Monat Diskutierklub ebenda, pünktlich 8 1/2 Uhr abends.
- Cottbus (Diskutierklub). Sitzung jeden 2 u. 4. Donnerstag im Monat bei Hainstein, Sandowstr. 42.
- Dessau. Gewervereins-Liebertafel jeden Mittwoch, abds. 8 1/2-11 Uhr Lebungsh. l. Vereinsl. „Fasan“, Marktstr.
- Dörfeldorf (Volkswirtschaftsschule). Jeden Montag, abds. von 9-11 Uhr Sitzung i. Verbandsbureau, Kurfürstenstr. 29.
- Eberfeld-Barmen (Ortsverband). Jeden 1. Mittwoch im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Vertreterversammlung bei Koggenkämpfer, Eberfeld, Außenstr., und Erholungstr.-Gde. Gelsenkirchen (Ortsverband). Jeden ersten Sonntag im Monat Ortsverband-Vertreterversammlung, vormittags 10 Uhr, im Verkehrslokal C. Simon, Alter Markt.
- Haaren b. Maaßen. Jeden 3. Sonnabend im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Diskutierabend bei Ledewig.
- Halle a. S. (Ortsv.). Der Diskutierklub find. jed. 1. Sonnabend i. Monat i. Passage-Rest. „W. Brauhausstr., Han.
- Hamburg (Ortsverb.). Jeden Dienstag, abds. 8 1/2 Uhr im Restaurant „Wichhof“, Bagerstraße 2. Diskutierabend.
- Hamburg (Gewervereinsliebertafel). Jeden Donnerstag Lebungsh. b. Thöner in Altona, Elmblücherstr. 48-50.
- Hannover-Staden und Umgegend (Ortsverband). Monatsber. der Jugendabtl. am Sonntag nach dem 15. eines jeden Monats morgens 10 Uhr in Staden bei Herrn Steinmetz. Perse in Welfh. (Ortsverband). Jeden 1. Sonntag im Monat vorm. 11 Uhr Vertreterversammlung bei Witte Wihl, Ruhe, Perse, gegenüber der evang. Kirche.
- Hierolds Diskutierabend jeden 2. Mittwoch bei Hilde. Leipzig (Gewervereins-Liebertafel). Die Lebungshunden finden jeden Mittwoch abends 9 bis 11 Uhr im Vereinslokal „Stadt Hannover“, Seeburgstr. 25, Rat. Gäste und stimmberechte Mitglieder sind heral. willkommen.
- Mühlheim-Mühl (Ortsverband). Sonntag, 14. Juli, nachm. 5 Uhr allgemeine Mitgliederversammlung sämtlicher Ortsvereine im Verbandslokal Hof, Mühl, Sandstr. 88. Vortrag des Rechtsanwalts Saul. Duisburg.
- M.-Gladbach-Hegeht (Ortsverband). Am 28. Juli, nachm. 5 Uhr in M.-Gladbach, Rest. Schaurte. Vortrag des Kollegen Meber über: „Agitation und Ausbreitung“.
- Neudamm-Neudamm (Ortsverb.). Sonntag, 28. Juli, nachm. 8 1/2 Uhr außerordentliche Verbandsversammlung in Reinfeld, Gasthof „Zum goldenen Hühorn“. Thema: Die Gewervereine und die Politik“. Referent: Kollege S. Lewin. Berlin.
- Stettin (Sängerchor der Gewervereine). Die Lebungshunden finden jed. Dienstag abds. 8 1/2 Uhr im Lokal Rehel, Poststr. 5, Rat. Stimmberechte Kollegen sind heral. wül.
- Tege (Diskutierklub für Tege). Vortragabend und Reineidendorf. Sitzung jeden Dienstag Abend von 8 bis 10 Uhr b. Römer, Schlüterstr. 38, Ecke Schneidergasse.
- Thorn (Bäder). Jeden Sonntag nach dem 1. Ortsvereinsversammlung bei Nicolai, Bauertstr. 62.
- Weißenfeld a. E. (Gesangsabteilung der Gewervereine). Lebungshunde jeder Dienstag, abends 8 1/2 bis 11 Uhr im Vereinslokal „Schweizerhaus“, Schillerstraße. Gesangsübende Gewervereinskollegen sind willkommen.
- Weißenfeld (Ortsverband). Jeden 1. Sonnabend im Monat Diskutierabend in Hermanns Garten.
- Worms (Ortsverband). Jeden Dienstag, abends 10 Uhr, Singhunde im Verbandslokal Rheintal.

Anzeigen-Teil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Bereinigte Ortsvereine der Maschinenbau- und Metallarbeiter Berlins u. Umgegend.
Sonnabend, den 20. Juli 1912:
Großes Sommervergüngen
im Amerikanischen Vergnügungspark „Neue Welt“, Hafenside 108-114.
Künstler Gartenkonzert. Erstklassige Spezialitäten-Aufführungen. Großes Brillant-Feuerwerk. Volks- u. Kinderbelustigungen aller Art. Familien-Raffetoch. (Von 2 Uhr an).
Im großen, 4500 Personen fassenden Saale:
Sommernachtsball.
Eröffnung des Gartens 1 Uhr, der Raffetische 2 Uhr. Anfang des Konzerts 4 Uhr. Eintritt einschließlich referierter Platz 80 Pfg. Kinder frei. Billets sind bei den Vorstandsmitgliedern der Ortsvereine sowie an der Kasse der „Neuen Welt“ zu haben.
Der Vorstand.

Probleme der Arbeiterpsychologie
unter besonderer Rücksichtnahme auf Methode und Ergebnisse der Vereinshebungen.
Vortrag des Prof. Dr. Hertner auf der Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik in Rürnberg.
Zu beziehen vom Verbandsbureau zum Preise von 80 Pfg., 10 Exemplare 2,50 Mk.
Zittau (Ortsverband). Durchreisende Gewervereins-Kollegen erhalten Karten für Radiquartier bei allen Ortsvereinsfassieren. Die Kollegen, die den Ort gleich wieder verlassen, erhalten beim Ortsverbandsvorsitzenden Moritz H. H. H. H., Rosenfr. 12, ein Orts-Geschenk von 75 Pfg.
Ding in Böhmen. Durchreisende Gewervereinskollegen erhalten ein Radquartier und Frühstück oder eine Krone Kaffeeunterstützung in der Geschäftsstelle des Bezirksverbandes deutsch-nationaler Arbeiter-Vereinigungen, Elisabethstraße 8.

Senftenberg und Umgegend (Ortsverband). Durchreisende Gewervereinskollegen erhalten ein Ortsverbandsgeschenk von 75 Pfg. beim Ortsverbandsskaffierer Kollegen Otto Kühnke, in Süttendorf bei Senftenberg. Gebirge zum Uebernehmen im Restaurant zum „Waldhof“ in Senftenberg.
Neusalz (Ortsverb.). Durchreis. Genossen erhalten 50 Pfg. bei Aug. Reimer's, Friedrichstraße 26.
Schramberg (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten 70 Pfg. Unterstützung b. Robert Eggenier, Schramberg, Umlandstr. 18.
Primkenau (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten 75 Pfg. Vergütung. Kartenausgabe beim Kol. R. W. W. W., Ologauerstr. 18.
Oberhausen (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten 1 Mark Unterstützung im Bureau, Mühlenerstraße 42.
Prieslan (Ortsverband). Die Unterstützung an durchreisende Kollegen wird ausgegibt beim Ortsverbandsskaff. Friedrich Munder, Sternstr. 58.

Vereinsabzeichen, Festabzeichen, Jubiläumsabzeichen, Wilhelm Kistermann, Bueul-Bonn a. Rh.
(Aelteste Spezialgeschl. dieser Art.)
Einsiedel i. Ergeb. (Ortsverb.). Unterstützung oder Karten zur Herberge zur Heimat für durchreisende arbeitslose Kollegen bei Albin Gottschalk, Bispou bei Gemming.
Langendreer. Das Ortsgefhent des Ortsvereins der Maschinenbauer an durchreisende Gewervereinskollegen wird ausgegibt beim Kassierer Hermann Wichmann, Wöhrstr. 1, abends von 7-8 Uhr.
Chemnitz (Ortsverband). Das Geschenk für Durchreisende wird bei den Ortsvereinsfassieren, bei nicht vorhandenen Berufen nur beim Ortsverbandsskaffierer, Kol. R. R. R., Bergstr. 64, abends 7-8 Uhr ausgegibt. - Der Arbeitsnachweis wird von Kol. D. W. W. W., Eisenbergstr. 82, erteilt. Erpediert wochentlich von 7-8 Uhr abends, am Sonntag von 10-12 Uhr vormittags.